



6 | 2025

BiB.AKTUELL

Stabile Kinderwünsche trotz Geburtenrückgang

Werden Geburten wegen der Krisen aufgeschoben?

- Die durchschnittlich intendierte und ideale Kinderzahl ist zwischen 2021 und 2024 stabil geblieben.
- Die zusammengefasste Geburtenrate ist von 1,58 auf 1,35 deutlich gefallen.
- Frauen und Männer (18-49 Jahre) wollen im Durchschnitt 1,76 bzw. 1,74 Kinder.
- Der Anteil der Frauen und Männer (30-39 Jahre), die in den nächsten 3 Jahren ein (weiteres) Kind planen, ist zwischen 2021 und 2024 zurückgegangen.



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

nach den aktuellen Daten ist die Geburtenrate in Deutschland im Jahr 2024 weiter zurückgegangen. Damit hat sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend eines niedrigen Geburtenniveaus weiter verfestigt – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern EU weit. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig und werden durch wachsende Unsicherheit auf Grund der zahlreichen weltweiten Krisen noch verstärkt.

Der Hauptbeitrag in dieser Ausgabe untersucht auf der Basis unserer FReDA-Befragung, wie sich im gleichen Zeitraum der Kinderwunsch von Paaren entwickelt hat. Die Befunde zeigen, dass ein eigenes Kind zu haben für die meisten Menschen auch in Krisenzeiten weiterhin attraktiv bleibt – trotz abnehmender Realisierung des Kinderwunsches. Wenn es das Ziel ist, die Geburtenraten nicht weiter sinken zu lassen, müssen nach wie vor die Rahmenbedingungen für Familien- und Erwerbsarbeit weiter verbessert werden.

Katharina Spieß

Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Direktorin des Bundesinstituts für
Bevölkerungsforschung (BiB)

 www.bib.bund.de/BiB-Aktuell

Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden
Direktorin: Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Telefon: 0611 75-2235
E-Mail: post@bib.bund.de

Erschienen

Juli 2025

Redaktionsleitung

Esther Dopheide

Wissenschaftliche Betreuung

Andreas Backhaus, Samira Beringer, Stephan Bischof, Mathias Huebener, Leonie Kleinschrot, Elisabeth Kraus, Andreas Mergenthaler, Kerstin Ruckdeschel

Redaktion

Bernhard Gückel

Lektorat

Britta Müller

Gestaltung

familie redlich AG, Berlin

Druck

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Bildnachweise

Titel: © luchschenF via Adobe Stock
S. 2, 9, 12: Peter-Paul Weiler für BiB

ISSN (Online) ISSN 2944-2478

ISSN (Print) ISSN 2944-246X

URN:nbn:de:bib-ba062025

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB).

Stabile Kinderwünsche trotz Geburtenrückgang

Werden Geburten wegen der Krisen aufgeschoben?

Carmen Friedrich; Martin Bujard (alle BiB)

Forschungsfrage

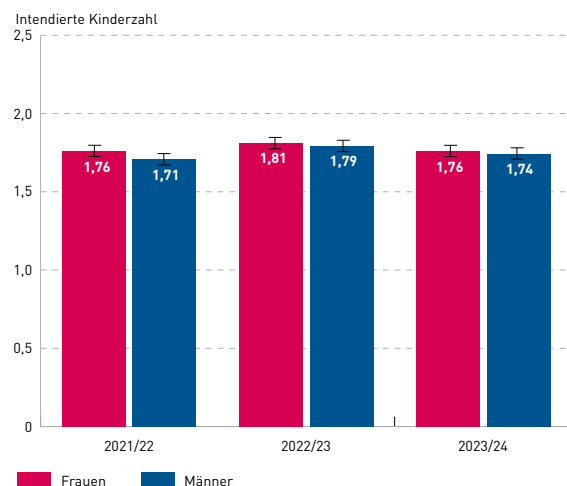
- Wie haben sich die Kinderwünsche in Deutschland zwischen 2021 und 2024 während des aktuellen Geburtenrückgangs entwickelt?

Ergebnisse

- Die durchschnittlich intendierte und ideale Kinderzahl ist zwischen 2021 und 2024 stabil geblieben. Gleichzeitig ist die zusammengefasste Geburtenrate von 1,58 auf 1,35 deutlich gefallen.
- Frauen und Männer (18-49 Jahre) planen, im Durchschnitt 1,76 bzw. 1,74 Kinder zu bekommen (Jahr 2023/24).
- Der Anteil der Frauen und Männer (30-39 Jahre), die in den nächsten 3 Jahren ein (weiteres) Kind planen, ist zwischen 2021 und 2024 zurückgegangen.
- Es liegt nahe, dass Frauen und Männer die Umsetzung ihrer Kinderwünsche in Zeiten multipler Krisen und damit verbundener Unsicherheiten aufschieben. Ein wiederholter Aufschub kann jedoch zu ungewollter Kinderlosigkeit führen.

Abgebildet

Durchschnittliche intendierte Kinderzahl von Frauen und Männern im Alter von 18-49 Jahren



Datenquelle: FReDA-Wellen 1, 2 und 3. Die hintere Jahreszahl bezieht sich jeweils nur auf den Jahresbeginn. Gewichtete Daten. 95 %-Konfidenzintervalle.

Im Wortlaut

„Die durchschnittliche Anzahl der Kinder, die Frauen und Männer insgesamt bekommen möchten, ist zwischen 2021 und 2024 konstant geblieben. Gleichzeitig ist die Geburtenrate von 1,6 auf knapp 1,4 eingebrochen. Frauen und Männer planen im Schnitt zwischen 1,7 und 1,8 Kinder – deutlich mehr als die Geburtenrate von 2024.“

DR. CARMEN FRIEDRICH (BiB)

Weitere Literatur

Friedrich, Carmen; Bujard, Martin (2025): Intended, ideal, and actual fertility in 11 European countries. Evidence on fertility gaps in different age groups from the Generations and Gender Survey. [BiB.Working Paper 2/2025](#).

Stabile Kinderwünsche trotz Geburtenrückgang

Werden Geburten wegen der Krisen aufgeschoben?

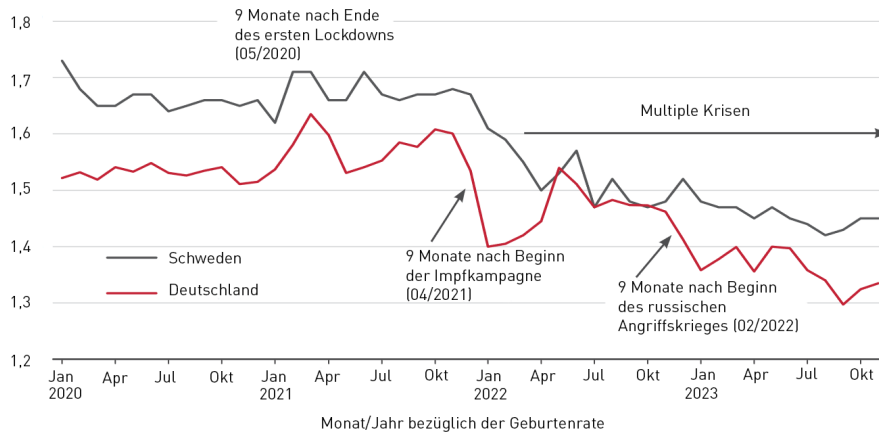
Carmen Friedrich; Martin Bujard (alle BiB)

Die zusammengefasste Geburtenrate ist zwischen 2021 und 2024 von 1,6 auf knapp 1,4 Kinder pro Frau gesunken. Dieser Rückgang der Geburtenrate betrifft viele Länder Europas: Zuletzt lag die durchschnittliche Geburtenrate der europäischen Mitgliedsstaaten mit 1,38 Kindern pro Frau beim niedrigsten Wert seit Gründung der EU (Eurostat 2025), was langfristig negative Folgen für viele Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens impliziert. Der Geburteneinbruch seit 2021 wird mit dem fast gleichzeitigen Auftreten mehrerer Krisen wie Coronapandemie, Ukraine-Krieg und steigender Inflation in Zusammenhang gebracht, die junge Menschen verunsichern (Bujard und Andersson 2024). Dieser Beitrag untersucht basierend auf aktuellen repräsentativen Befragungen des familien-demografischen Panels FReDA, ob auch die Kinderwünsche in dieser Phase zurückgegangen sind. Im Ergebnis ist der Kinderwunsch (die realistisch geplante Kinderzahl) zwischen 2021 und 2024 konstant geblieben mit Werten von durchschnittlich 1,8 bei Frauen und 1,7 bei Männern. Zudem zeigen die FReDA-Befunde, dass die als „ideal“ angesehene Kinderzahl über den Analysezeitraum hinweg bei 2,2 Kindern pro Frau liegt. Dagegen ist die Intention der Befragten, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen, zwischen 2021 und 2024 deutlich zurückgegangen. Dies verdeutlicht, dass eigene Kinder zu bekommen für die meisten jungen Menschen attraktiv bleibt, der Kinderwunsch jedoch vermutlich aufgeschoben wird. Allerdings kann ein wiederholtes Aufschieben im Lebenslauf dazu führen, dass Menschen ihre Kinderwünsche gar nicht umsetzen. Die Politik kann beispielsweise durch verlässliche Kita-Angebote und mehr bezahlbaren Wohnraum Unsicherheiten bei der Familiengründung zumindest reduzieren.

In den 2010er Jahren ist die Geburtenrate in Deutschland von etwa 1,3 auf 1,5 angestiegen, nachdem sie zuvor lange im Bereich um 1,3 lag. Als einer der Gründe für diese Entwicklung kann der Paradigmenwechsel der Familienpolitik gesehen werden, der die Einführung des Elterngeldes und den rapiden Ausbau der öffentlich finanzierten (ganztägigen) Kindertagesbetreuung umfasst (Bujard 2022). Ein weiterer Grund für diesen Anstieg war der gewachsene Anteil von Frauen mit Migrationshintergrund, die kulturell geprägt eine höhere Kinderzahl haben. Der Anstieg der Geburtenrate um 0,2 mag gering klingen, entspricht jedoch etwa 100.000 Geburten mehr pro Jahr und hat Deutschland im europäischen Vergleich vom unteren Viertel der EU-Mitgliedsstaaten ins Mittelfeld gehoben (Eurostat 2025).

In den letzten Jahrzehnten wurden die unterschiedlichen Geburtenraten in Europa und dem globalen Norden oft mit der sogenannten Genderrevolution bzw. der Gender-Equity-Theorie erklärt (Esping-Andersen & Billari 2015). Demnach steigen die Geburtenraten mit zunehmender Gleichstellung der Geschlechter wieder an; entsprechend waren sie in den nordischen Ländern, deren Gesellschaften gleichberechtigter sind, höher – in den 1990er und 2000er Jahren meist zwischen 1,6 und 2,0 Kinder pro Frau. In Südeuropa und Südostasien, deren Gesellschaften weniger gleichberechtigt sind, lag die Geburtenrate meist zwischen 1,0 und 1,3. Allerdings sind seit den 2010er Jahren in den nordeuropäischen Ländern die Geburtenraten deutlich zurückgegangen, was die simple gleichstellungsbezogene Erklärung der Fertilität in Europa infrage stellt.

ABB. 1: Monatliche Geburtenraten in Deutschland und Schweden, 2020–2023



Anmerkung: Eingezeichnet sind (mit neun Monaten Versatz) die Ereignisse, die einen potenziellen Einfluss auf die Geburtenraten hatten.
Datenquelle: Bis 1/2023 Bujard & Andersson 2024. 2/2023 bis 11/2023 Statistics Sweden und für Deutschland eigene Berechnungen auf Basis vorläufiger Geburtenzahlen vom Statistischen Bundesamt.

Seitdem werden niedrige Geburtenraten häufiger mit subjektiver Unsicherheit bezüglich Einkommen und Arbeitsplätzen, aber auch mit weitergehenden Unsicherheitsgründen bei jungen Erwachsenen erklärt (Vignoli et al. 2020).

Dann kam die Coronapandemie. Seit Januar 2022 ist die Geburtenrate in Deutschland und anderen europäischen Ländern abrupt eingebrochen. Ein zentraler Grund wird darin vermutet, dass gut 9 Monate zuvor die Impfkampagne (zunächst bei Älteren) begann und viele Frauen sich vor einer möglichen Schwangerschaft erst gegen COVID-19 impfen lassen wollten (Bujard & Andersson 2024). Ende 2022 und Anfang 2023 ist die Geburtenrate wieder abrupt gesunken, etwa 9 Monate nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und der damit verbundenen gestiegenen Inflation (Abbildung 1).

Zunächst haben 2022 und 2023 viele Forschende im Bereich der Demografie einen schnellen Wiederanstieg der Geburtenrate erwartet, der allerdings nicht eingetreten ist (Eurostat 2025). Das niedrige Niveau hat sich in Deutschland bis 2024 mit durchschnittlich 1,35 Kindern pro Frau fortgesetzt – sogar mit leicht sinkender Tendenz (Destatis 2025).

Damit liegt die Geburtenrate deutlich unter dem Wert von etwa 2,1 Kindern, die man benötigt, damit die nächste Generation ähnlich groß ist wie die heutige. Die langfristigen Folgen derart niedriger Geburtenraten können gravierend sein, insbesondere für die Renten-, Krankheits- und Pflegeversicherung sowie das zukünftige Fachkräftepotenzial und die Staatsfinanzen (Bujard 2022).

Vor dem Hintergrund des Geburteneinbruchs seit 2021 analysieren wir mit aktuellen Daten aus drei Erhebungswellen (2021–2024) des deutschen famili-

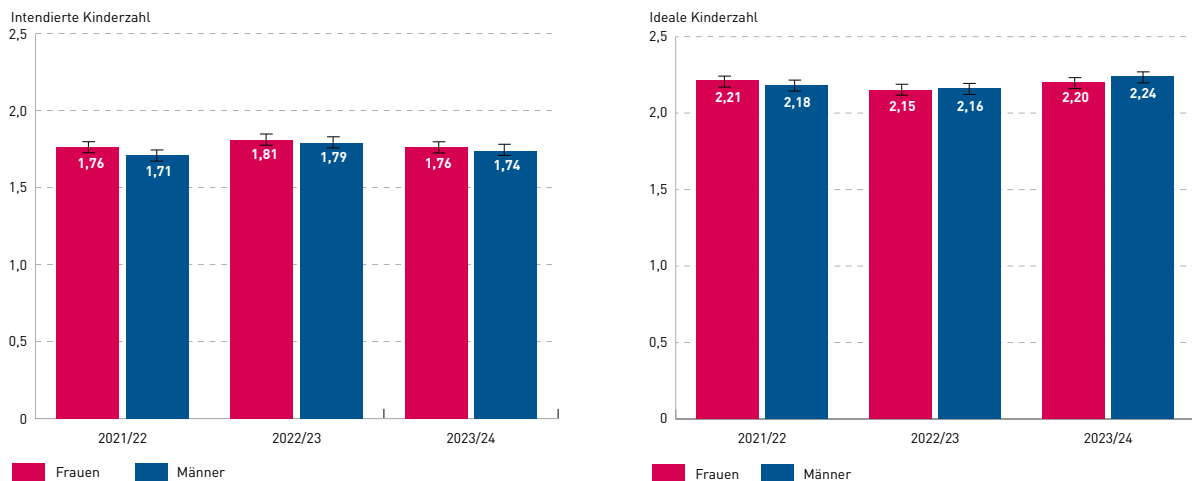
endemografischen Panels FReDA die Entwicklung der Kinderwünsche von Frauen und Männern im Alter von 18–49 Jahren.

Erhebung von Kinderwünschen in FReDA

In FReDA werden unterschiedliche Arten von Kinderwünschen erhoben, darunter die intendierte Kinderzahl (Kinderwunsch) sowie die als persönlich ideal betrachtete Kinderzahl. Der Kinderwunsch wird erfasst mit der Frage „Realistisch betrachtet: Wie viele leibliche und adoptierte Kinder werden Sie insgesamt haben?“. Dabei handelt es sich um ein individuelles Ziel, das sich auf die gesamte reproduktive Lebenszeit bezieht.

Zusätzlich werden die Teilnehmenden gefragt, ob sie in den nächsten drei Jahren ein (weiteres) Kind bekommen möchten. Von diesen konkreten Planungen ist das persönliche Ideal abzugrenzen, das nicht zwangsläufig mit der realistisch geplanten Familiengröße übereinstimmen muss. Um die ideale Kinderzahl zu erfassen, lautet die entsprechende Frage: „Und wie viele Kinder würden Sie im Idealfall in Ihrem Leben gerne haben, wenn Sie alle Hindernisse beiseitelassen?“

ABB. 2: Durchschnittliche intendierte und ideale Kinderzahl von Frauen und Männern im Alter von 18-49 Jahren



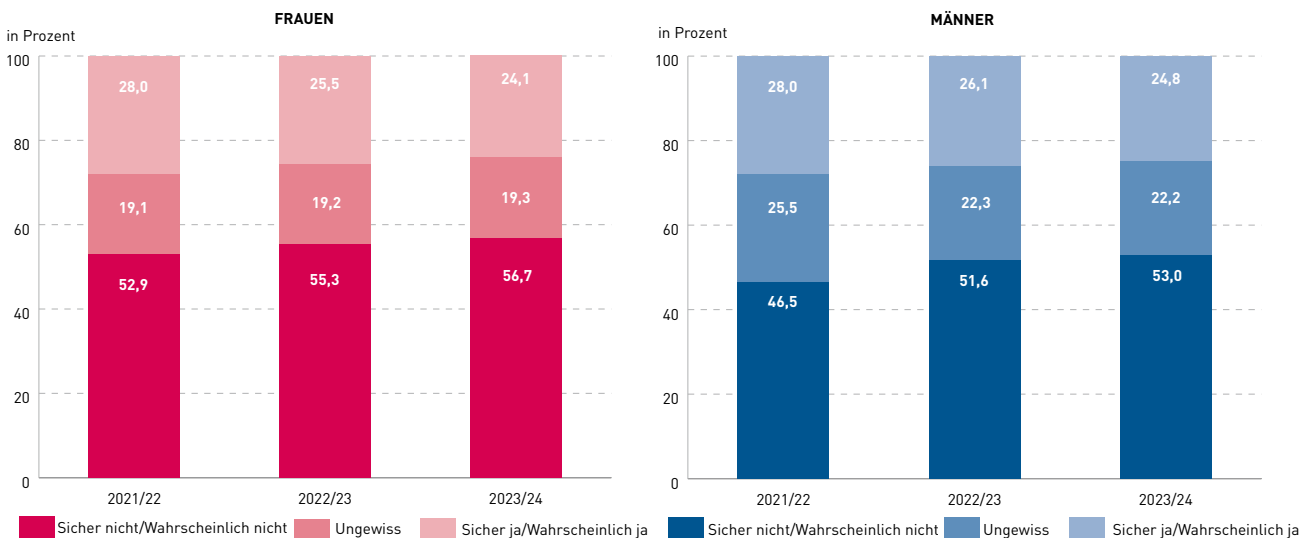
Datenquelle: FReDA-Wellen 1, 2 und 3. Die hintere Jahreszahl bezieht sich jeweils nur auf den Jahresbeginn. Gewichtete Daten. 95 %-Konfidenzintervalle.

Frauen und Männer planen, im Schnitt rund 1,8 Kinder zu bekommen

Im Durchschnitt liegt der Kinderwunsch von Frauen bei 1,8 Kindern (Abbildung 2, linke Grafik). Bei Männern ist er ähnlich hoch und beträgt je nach

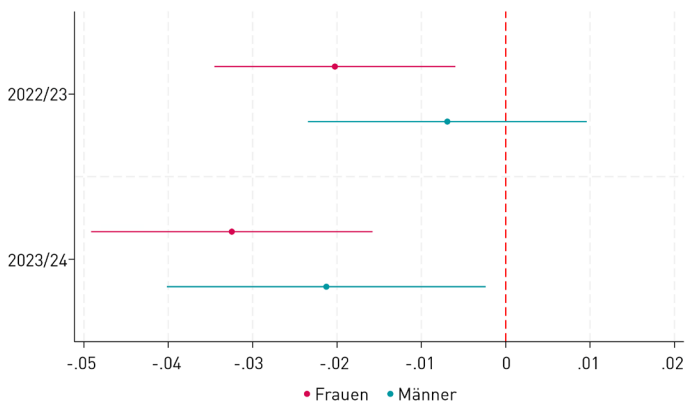
Erhebungsjahr durchschnittlich 1,7 oder 1,8 Kinder. Frauen und Männer im jungen Erwachsenenalter (18-29 Jahre) planen, im Durchschnitt 1,9 bzw. 1,8 Kinder zu bekommen (Jahr 2023/24, nicht abgebildet). Dabei ist zu beachten, dass diese Zahlen auch Personen einschließen, die gar keine Kinder be-

ABB. 3: Kinderwunsch in den nächsten drei Jahren von Frauen und Männern im Alter von 30-39 Jahren



Datenquelle: FReDA-Wellen 1, 2 und 3. Die hintere Jahreszahl bezieht sich jeweils nur auf den Jahresbeginn. Gewichtete Daten.

ABB. 4: Einfluss des Erhebungsjahres auf die Wahrscheinlichkeit von Frauen und Männern im Alter von 30-39 Jahren, in den nächsten drei Jahren ein (weiteres) Kind zu planen



Anmerkungen: Ergebnisse linearer Wahrscheinlichkeitsmodelle. Abhängige Variable: Kinderwunsch in den nächsten 3 Jahren (1: sicher ja/wahrscheinlich ja vs. 0: ungewiss/wahrscheinlich nicht/sicher nicht). Nach Alter, Kinderzahl, Partnerschaft, Bildung kontrolliert. Referenzkategorie für das Erhebungsjahr: 2021/22. Die Koeffizienten sind statistisch signifikant, wenn die 95 %-Konfidenzintervalle die Null nicht einschließen. Datenquelle: FReDA-Wellen 1, 2 und 3. Die hintere Jahreszahl bezieht sich jeweils nur auf den Jahresbeginn.

kommen möchten. Betrachtet man nur Frauen und Männer, die grundsätzlich Kinder möchten, liegt die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl im Jahr 2023/24 bei 2,1 (Frauen und Männer). Die realistisch geplante Kinderzahl ist an individuelle Lebensbedingungen und mögliche Hindernisse angepasst und fällt daher geringer aus als die persönliche ideale Kinderzahl. Wenn nach der gewünschten Kinderzahl im Idealfall gefragt wird – also unter der Annahme, dass keine Hürden bestehen – wünschen sich Frauen und Männer im Durchschnitt 2,2 Kinder (Abbildung 2, rechte Grafik).

Durchschnittlich gewünschte Kinderzahl bleibt stabil, kurzfristiger Kinderwunsch geht zurück

Zwischen 2021 und 2024 ist kein Rückgang der gewünschten Kinderzahlen zu beobachten. Sowohl die intendierte als auch die ideale Kinderzahl von Frauen und Männern im Alter von 18-49 Jahren bleiben über diesen Zeitraum hinweg auf einem stabilen

Niveau (Abbildung 2). Dies ist bemerkenswert, da die Geburtenrate im gleichen Zeitraum von 1,58 (2021) auf 1,35 (2024) gefallen ist. Der „Fertility Gap“, der die Differenz zwischen realistischem Kinderwunsch und Geburtenrate misst, hat sich bei Frauen von 0,18 in 2021 auf 0,41 in 2024 mehr als verdoppelt.

Fragt man Frauen und Männer in der Hauptphase der Familiengründung (Alter 30-39), ob sie in den nächsten drei Jahren ein (weiteres) Kind bekommen möchten, geben im Jahr 2021/22 28 % an, dies wahrscheinlich oder sicher zu planen (Abbildung 3). Im Jahr 2023/24 sind es nur noch 24 % der Frauen und 25 % der Männer. Es zeigt sich somit zwischen 2021 und 2024 ein Rückgang in den kurzfristigen Kinderwunschplänen.

Um auszuschließen, dass die Unterschiede im kurzfristigen Kinderwunsch nur auf Veränderungen in der Stichprobe zurückgehen, wurden lineare

Wahrscheinlichkeitsmodelle geschätzt. Damit lässt sich berücksichtigen, wie viele Kinder eine Person bereits hat, wie alt sie ist, ob sie in einer Partnerschaft lebt und welchen Bildungsstand sie hat – und so den Einfluss der Erhebungsjahre besser erfassen. Die Analysen wurden getrennt für Frauen und Männer im Alter von 30-39 Jahren durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass der Wunsch, in naher Zukunft ein (weiteres) Kind zu bekommen, bereits im Jahr 2022/23 zurückging (siehe Abbildung 4). Dieser Rückgang ist jedoch nur bei Frauen statistisch signifikant. Im Jahr 2023/24 ist im Vergleich zu 2021/22 bei beiden Geschlechtern ein statistisch signifikanter Rückgang zu beobachten: Die Wahrscheinlichkeit, innerhalb der nächsten drei Jahre sicher oder wahrscheinlich ein (weiteres) Kind zu planen, sank bei Frauen um 3 Prozentpunkte und bei Männern um 2 Prozentpunkte.

Fazit

Während die zusammengefasste Geburtenziffer zwischen 2021 und 2024 deutlich von 1,6 auf knapp

1,4 zurückging, ist der Kinderwunsch sowohl bei Frauen als auch bei Männern konstant geblieben. Dadurch hat sich der „Fertility Gap“ zwischen Wunsch und Wirklichkeit zwischen 2021 und 2024 von 0,2 auf 0,4 bei Frauen verdoppelt. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass Kinder zu bekommen weiterhin ein zentrales Ziel für die meisten jungen Menschen ist und der gegenwärtige Geburtenrückgang vermutlich auf einem Aufschub von Geburten beruht.

Dieses nun drei Jahre anhaltende Geburtentief und der sichtbare Aufschub der Kinderwünsche lassen sich mit der Kombination multipler Krisen und zunehmender Unsicherheit erklären. Die bereits in den 2010er Jahren als Ursache für niedrige Geburtenraten in Europa identifizierte subjektive Unsicherheit vieler junger Menschen, die sich v. a. bei Einkommens- und Arbeitsplatzperspektiven zeigte (Kreyenfeld 2015), ist durch die internationalen Krisen verstärkt worden. Viele jüngere Erwachsene sind vermutlich noch erschöpft von der Coronapandemie, der Klimawandel wird immer sichtbarer, dazu kommen der Ukraine-Krieg und eine wirtschaftlich schwache Entwicklung. Diese Vielzahl gleichzeitiger Krisen hat ein Klima der Unsicherheit geschaffen – und Unsicherheit wirkt sich negativ auf die Familienplanung aus. Allerdings leben wir trotz allem in einer sicheren und wohlhabenden Gesellschaft mit vielen Chancen und Möglichkeiten für den Nachwuchs, insbesondere, wenn man einen historischen oder internationalen Vergleich zieht. Aktuelle Forschung zeigt, dass die Art und Weise, wie Menschen über die Zukunft denken, relevant für die Entscheidung für ein Kind ist (Vignoli et al. 2022). Maßnahmen der Politik, wie verlässliche Kitaangebote oder mehr bezahlbarer Wohnraum, können bestehende Unsicherheiten bei der Familiengründung verringern. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die – wie gezeigt weiterhin breit vorhandenen – Kinderwünsche auch häufiger umgesetzt werden. Ein weiteres permanentes Aufschieben birgt das Risiko, dass altersbedingt manche Kinderwünsche letztendlich nicht mehr umgesetzt werden können.

Literatur

- Bujard, Martin; Andersson, Gunnar (2024): Fertility declines near the end of the COVID-19 pandemic. In: *European Journal of Population* 40(4). <https://doi.org/10.1007/s10680-023-09689-w>
- Bujard, Martin; Gummer, Tobias; Hank, Karsten; Neyer, Franz J.; Pollak, Reinhard; Schneider, Norbert F.; Spieß, C. Katharina; Wolf, Christof et al. (2025): FReDA – The German Family Demography Panel Study. GESIS, Cologne. ZA7777 Data file version 5.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.14462>
- Bujard, Martin (2022): Demografischer Wandel. Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung 350. Bonn.
- Destatis (2025): Rückgang der Geburtenziffer schwächte sich 2024 deutlich ab (Pressemitteilung Nr. 259). https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/07/PD25_259_12.html (letzter Zugriff 23.07.2025.)
- Esping-Andersen, Gøsta; Billari, Francesco C. (2015). Re-theorizing family demographics. In: *Population and Development Review*, 41(1): 1-31. <https://doi.org/10.1111/j.1728-4457.2015.00024.x>
- Eurostat (2025): Fertility statistics. Total fertility rate, 2023.
- Friedrich, Carmen; Bujard, Martin (2025): Intended, ideal, and actual fertility in 11 European countries. Evidence on fertility gaps in different age groups from the Generations and Gender Survey. *BiB Working Paper 02/2025*.
- Schneider, Norbert F.; Bujard, Martin; Wolf, Christof; Gummer, Tobias; Hank, Karsten; Neyer, Franz J. (2021): Family Research and Demographic Analysis (FReDA). In: *Comparative Population Studies* 46: 149-186. <https://doi.org/10.12765/CPoS-2021-06>
- Sobotka, Tomáš et al (2023): Pandemic roller-coaster? Birth trends in higher income countries during the COVID 19 pandemic. In: *Population and Development Review*, 50(S1): 23-58. <https://doi.org/10.1111/padr.12544>
- Vignoli, Daniele et al. (2020): A reflection on economic uncertainty and fertility in Europe: The Narrative Framework. In: *Genus*, 76(28). <https://doi.org/10.1186/s41118-020-00094-3>
- Vignoli, Daniele et al. (2022): Narratives of the future affect fertility: Evidence from a laboratory experiment. In: *European Journal of Population*, 38(1): 93-124. <https://doi.org/10.1007/s10680-021-09602-3>

BiB.Wissenschaftlerin Dr. Carmen Friedrich



Meine allgemeinen Forschungsschwerpunkte sind:

Ich forsche zu Fertilität und Kinderwünschen in Deutschland sowie im europäischen Vergleich – mit einem ergänzenden Fokus auf Menschen mit Migrationshintergrund und die agency (Handlungsmacht) von Frauen. Besonders interessiert mich, wie gesellschaftliche Entwicklungen und der institutionelle Kontext Fertilitätsentscheidungen beeinflussen.

An meiner Forschungsarbeit fasziniert mich besonders:

Der Kinderwunsch ist keine feste Größe, sondern verändert sich im Laufe des Lebens. Besonders spannend finde ich es, herauszuarbeiten, welche Faktoren in den unterschiedlichen Lebensphasen zusammenwirken und Entscheidungen beeinflussen – auf individueller, partnerschaftlicher oder gesellschaftlicher Ebene.

Mein Forschungsgebiet ist gesellschaftlich relevant, weil ...

die Entscheidung, ob und wann man Kinder bekommt, zu den zentralsten Lebensentscheidungen zählt, mit der sich fast jede/r im Laufe des Lebens auseinandersetzt. Angesichts des derzeitigen Rückgangs der Geburtenraten weltweit – in Ländern mit sehr unterschiedlichen politischen und kulturellen Kontexten – gewinnt die Frage nach den Einflussfaktoren auf die Fertilität derzeit große Bedeutung. Dabei ist es zentral, dass jede Frau selbstbestimmt entscheiden kann, ob, wann und wie viele Kinder sie haben möchte.

Bei meinen bisherigen Forschungsbefunden hat mich besonders überrascht, ...

wie flexibel Kinderwünsche tatsächlich sind. Viele Menschen passen ihre Vorstellungen an ihre persönliche Situation und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Laufe des Lebens an.

Am BiB zu forschen gefällt mir, weil ...

ich hier in einem kollegialen Team an Themen arbeiten kann, die für die Gesellschaft von hoher Relevanz sind.

Dr. Carmen Friedrich ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Fertilität. Sie promovierte an der Professur für Demografie der Universität Bamberg zum Thema Fertilität und Handlungsfähigkeit von Frauen im Nahen Osten und Nordafrika.

Am BiB beschäftigt sich Carmen Friedrich mit dem aktuellen Fertilitätsverhalten und Kinderwünschen in Deutschland und im europäischen Vergleich sowie mit Fertilität im Kontext von Migration und Integration.

Neue Studie

Diversität und Teilhabe in Bundesbehörden

Zwischen 2019 und 2024 ist der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung um 3,1 Prozentpunkte auf 16,2 Prozent gestiegen. Dennoch ist die Beschäftigtengruppe im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit 31,9 Prozent immer noch deutlich unterrepräsentiert. Dies geht aus der aktuellen Studie "Teilhabe in der Bundesverwaltung" hervor. Sie untersucht neben der Repräsentation der Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte deren subjektives Erleben der Arbeitssituation. Darüber hinaus wird das Diversitätsmanagement der Bundesbehörden und -einrichtungen aus Sicht der Beschäftigten analysiert. Der Studie zugrunde liegt der Diversität und Chancengleichheit Survey 2024 (DuCS 2024). Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) hat ihn im Mai und Juni 2024 im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, des Bundesministeriums des Innern sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland durchgeführt. Er ist ein zentraler Baustein, um die Bundesverwaltung vielfaltsorientierter aufzustellen.

Weniger Vielfalt in der Bundesverwaltung

Die zentral organisierte Beschäftigtenbefragung in der Bundesverwaltung basiert auf den Daten von über 50.000 Beschäftigten in 73 Behörden. Da es sich um eine Wiederholungsbefragung handelt, ermöglicht die Studie den Vergleich der Diversitätsentwicklung mit dem Jahr 2019. Daraus geht hervor, dass der Großteil der Behörden in den letzten fünf Jahren einen Anstieg von Beschäftigten mit Migrationshintergrund verzeichnet. Gleichzeitig hat sich die Repräsentationslücke in der Bundesverwaltung zur erwerbsfähigen Bevölkerung in den letzten fünf Jahren von -14,8 Prozentpunkten auf -15,7 Prozentpunkte vergrößert. „Die Ergebnisse des Diversität und Chancengleichheit Survey können helfen, Akzeptanz und Diskriminierungsfreiheit in den Behörden zu fördern und die Bundesverwaltung als attraktiven Arbeitgeber im Themenbereich Diversität aufzustellen“, erklärt

Projektleiter Dr. Andreas Ette. „Denn nur durch einen Wandel in der Organisationskultur wird es gelingen, das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst vollständig zu nutzen.“

Erwerbssituation und Entwicklungschancen

Kaum Unterschiede bestehen bei der Erwerbssituation und beruflichen Entwicklungschancen zwischen Beschäftigten mit und ohne Einwanderungsgeschichte. Allenfalls haben Beschäftigte mit Einwanderungsgeschichte eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit, formal für ihre Tätigkeit überqualifiziert zu sein. Gleichzeitig sind sie in höherem Maße von Diskriminierung betroffen als ihre Kolleginnen und Kollegen. Die Gründe dafür sind vielfältig und häufig nicht nur mit Aspekten migrationsbezogener Diversität verknüpft. Dennoch berichten Beschäftigte mit Einwanderungsgeschichte eine etwas höhere Arbeitszufriedenheit in der Bundesverwaltung als jene ohne Einwanderungsgeschichte.

Vielfalt in der Belegschaft ist ein Gewinn

Seit 2019 ist das Diversitätsklima in der Bundesverwaltung weitgehend gleichgeblieben. Der Anteil derjenigen, die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Belegschaft als Gewinn sehen und angeben, dass Beförderungen nach dem Leistungsprinzip erfolgen, ist leicht gestiegen. Vor allem Bedarfe an weiteren Maßnahmen zur Förderung von Diversität und zum Abbau von Diskriminierung in den Behörden sehen Beschäftigte mit Einwanderungsgeschichte. Trotz der Fortschritte zeigen die Befunde, dass es noch immer Herausforderungen gibt, Menschen mit Einwanderungsgeschichte für den öffentlichen Dienst der Bundesverwaltung zu gewinnen und gleiche berufliche Chancen für alle zu ermöglichen. „Der DuCS hat sich als zentrales Monitoringinstrument bewährt und kann auch in Zukunft eine verlässliche Datenbasis für die Personalentwicklung und -politik der Bundesbehörden bieten“, erklärt der wissenschaftliche Projektmitarbeiter Martin Weinmann. *Bernhard Gückel*

Internationaler Workshop

Das Integrationsparadigma im Fokus der Wissenschaft

Mit dem sogenannten Integrationsparadox hat sich am 18. Juni ein internationaler Workshop an der Universität Utrecht mit Beiträgen aus verschiedenen Ländern und Regionen beschäftigt. Für das BiB war Dr. Andreas Genoni als Mitorganisator dabei.

Was bedeutet das Integrationsparadox? Der Begriff beschreibt das Phänomen, dass vor allem hochqualifizierte Zugewanderte mehr Diskriminierung wahrnehmen und sich weniger mit dem Aufenthaltsland verbunden fühlen als weniger Qualifizierte. „Paradox ist das insofern, als in der klassischen Forschung allgemein angenommen wird, dass die hochqualifizierten Zugewanderten besser integriert sein und daher von weniger Diskriminierung und einer stärkeren Verbundenheit berichten sollten“, erklärt Dr. Genoni. Dabei werden in der Forschung zwei grundlegende Mechanismen diskutiert, die die Unterschiede in Diskriminierung und Verbundenheit erklären. Zum einen ist das häufiger Kontakt mit den Einheimischen bzw. Nichtmigranten (als „exposure“ bezeichnet), der zu vermehrten Diskriminierungserlebnissen und geringerer Verbundenheit mit dem Aufenthaltsland führt. Zum anderen wird von „awareness“ gesprochen, also für eine erhöhte Sensibilität für Situationen erlebter Diskriminierung. In der Forschung hat sich letztgenannter Ansatz als primärer Mechanismus zur Erklärung des Paradoxes erwiesen.

Mechanismen des Integrationsparadoxes

Im Rahmen des Workshops haben Forschende zu diesem Thema Projekte vorgestellt, die unter anderem den Awareness-Mechanismus genauer untersucht haben. Es wurde diskutiert, ob es Bildungsunterschiede in der Beurteilung von Situationen gibt bzw. ob Zugewanderte mit niedrigerem Bildungsabschluss das Ausmaß persönlicher Diskriminierung unterschätzen, während Hochqualifizierte es

überschätzen. Um die Mechanismen hinter dem Integrationsparadox zu verstehen, wurden neben gering und hochqualifizierten Zugewanderten auch weitere Gruppen in den Blick genommen.

Das Paradox findet sich nicht überall

Der Blick auf die Länderunterschiede zeigte, dass das Paradox bisher primär in Westeuropa, Skandinavien, Australien und den USA erforscht wurde, wo man es unter bestimmten Bedingungen auch gefunden hat. Dagegen gibt es wenige empirische Hinweise für Zentral-, Süd- und Osteuropa. In anderen Regionen wurde das Phänomen noch kaum erforscht. Im Hinblick auf wahrgenommene persönliche und gesellschaftliche Diskriminierung wurde deutlich, dass die beiden Konzepte bisher weniger scharf getrennt analysiert wurden. Aktuelle Befunde deuten darauf hin, dass hier unterschiedliche Mechanismen wirken. Die Teilnehmenden am Workshop beleuchteten neben Diskriminierung und Zugehörigkeit auch alternative Faktoren mit dem Fokus auf Lebenszufriedenheit und wahrgenommene Lohnungerechtigkeit.

Breite Diskussion zum Forschungsstand

Zu guter Letzt präsentierte ein eigens organisierter Roundtable an der anschließenden Migration and Societal Change Conference an der Universität Utrecht das Thema Integrationsparadox einem größeren Publikum. „Ziel dieses Events war es, den aktuellen Forschungsstand und die Zukunft dieses Forschungsthemas auf der Basis der Befunde des Workshops einem breiteren Publikum zugänglich zu machen“, erklärte Dr. Genoni. Die insgesamt 10 Vorträge des Workshops und die fachlichen Diskussionen wertete er am Ende als vollen Erfolg und wegweisend für die Weiterentwicklung des Forschungsfeldes.

Bernhard Gückel

Elena Ziege im Interview mit BiB.Aktuell

Wie Zeugnisse elterliches Engagement beeinflussen



Sommerzeit, Ferienzeit, Zeugniszeit, ... Doch wie wirken sich Zeugnisse auf die elterliche Einschätzung der schulischen Leistungen ihrer Kinder aus? Mit dieser Frage hat sich BiB-Forscherin Elena Ziege beschäftigt. Ihre Analysen zeigen: Die meisten Eltern überschätzen die schulischen Fähigkeiten ihrer Kinder. Schriftlich ausformulierte Bewertungen der Lehrkräfte in den Zeugnissen ändern an dieser Fehleinschätzung nur wenig. Numerische Zeugnisnoten hingegen haben eine stärkere Wirkung auf die Erziehungsberechtigten.

Frau Ziege, was genau haben Sie untersucht?

Basis unserer Analysen sind bundesweite Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS). Sie zeigen, dass Eltern die schulischen Leistungen ihrer Kinder im ersten Grundschuljahr in Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften in vielen Fällen höher einschätzen als sie tatsächlich sind. Das gilt besonders für niedriger gebildete oder zugewanderte Familien. Diese Fehleinschätzung kann dazu führen, dass Kinder von ihren Eltern nicht ausreichend gefördert werden.

Was kann dazu beitragen, dass Eltern die Leistungen ihrer Kinder realistischer einschätzen?

Zeugnisse können helfen, die Fehleinschätzungen zu korrigieren. Dabei ist jedoch das Format des Zeugnisses entscheidend. Ausformulierte Lernstandsbeschreibungen, wie sie in den ersten Klassenstufen der Grundschule in vielen Bundesländern üblich sind, zeigen kaum Wirkung oder führen sogar zur Reduktion elterlicher Aktivitäten mit den Kindern. Denn oft verstehen Eltern das Geschriebene nicht im Sinne der Lehrkräfte.

Und wie sieht es bei Zeugnissen mit klassischen Noten aus?

Numerische Noten, Skalenbewertungen oder persönliche Gespräche mit Lehrkräften führen zu einer deutlichen Verhaltensänderung in Form eines größeren Engagements der Eltern. Unsere Untersuchungen zeigen: Väter und Mütter, die präzisere Informationen zum Leistungsstand erhalten,

schätzen deren Fähigkeiten – insbesondere in Deutsch – realistischer ein. Zudem führen präzisere Rückmeldungen dazu, dass Eltern häufiger mit ihren Kindern lesen und öfter mit ihnen spielen, insbesondere wenn es sich um das erste Zeugnis im Schulverlauf handelt. Diese erhöhten elterlichen Bildungsaktivitäten sprechen für eine stärkere Fokussierung auf klassische Noten bereits in den frühen Grundschuljahren. Besonders für Kinder aus benachteiligten Haushalten kann das ein wichtiger Hebel sein, um alle Bildungspotenziale zu nutzen. Denn gut informierte Eltern können besser unterstützen.

Esther Dopheide

Die Studie zum Thema:

➔ Ziege, Elena; Kalil, Ariel (2025): How Information Affects Parents' Beliefs and Behavior: Evidence from First-Time Report Cards for German School Children. University of Chicago, Becker Friedman Institute for Economics, Working Paper No. 2025-54. https://bfi.uchicago.edu/working-papers/how-information-affects-parents-beliefs-and-behavior-evidence-from-first-time-report-cards-for-german-school-children/?occurrence_id=0